

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

9.1.1906 (No. 8)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 9. Januar.

№ 8.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Amtlicher Teil.

Durch Entschließung Großh. Steuerdirektion vom 3. Januar d. J. wurde Steuerkommissärsassistent Wilhelm Mairon, zurzeit beim Finanzamt Buchen, zum Buchhalter dajelbst ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Das deutsche Marokko-Weißbuch.

(Telegramm.)

Berlin, 8. Jan. Das heute erscheinende Marokko-Weißbuch ist ein Heft von 42 Seiten und enthält 27 Nummern. Es beginnt mit der Wiedergabe einer englischen und einiger französischer Stichproben von Zeitungsausschnitten, welche einerseits die in französischen Kreisen gegenüber Marokko gehegten Monopolwünsche beleuchten, andererseits bezeugen, daß der französische Gesandte in Fez sich auf ein Mandat Europas zur Durchführung der Reformen berufen habe. Diese Zeitungsausschnitte sind aus der Zeit von Januar bis April 1905. Auch das erste amtliche Schriftstück, das mitgeteilt wird, ein Bericht des deutschen Konsuls Vassel in Fez vom 21. Februar 1905, handelt von der Mandatsfrage. Der Sultan kam gegenüber dem Konsul in einer Unterredung vom gleichen Tage auf die allgemeine Lage zu sprechen und sagte: Er halte daran fest, „drei, nein vier Nationen“ gleich zu behandeln: Deutschland und England wegen ihres Handels mit Marokko, Frankreich und Spanien auch wegen der Nachbarschaft. Er fragte, ob sich der französische Gesandte auf ein allgemeines Mandat berufen könne. Der Konsul erwiderte: Solches Mandat sei deutscherseits nicht erteilt. Der Sultan gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Deutschland sich der französischen Aktion nicht anschließen habe.

Am 21. April berichtete der Konsul über den Eindruck der vom Minister Delcassé am 31. März im französischen Senat abgegebenen Erklärung in der Marokkofrage. Der Sultan sei besonders über die Stelle aufgebracht, in der Delcassé sagt, daß die marokkanische Regierung die Ratsschlüsse Frankreichs erbeten und nachdem diese erteilt worden, die Erklärung abgegeben habe, diese Ratsschlüsse befolgen zu wollen. Der Konsul berichtet weiter: In einer Audienz, die ich heute bei dem Sultan hatte, kam derselbe ebenfalls darauf zu sprechen und versetzte mir dabei zu dem Ausspruch: „Aber das sind ja reine Unwahrscheinlichkeiten!“ Ich erzählte ihm dann auch, daß die Franzosen die Nachricht dementierten, daß Herr Saint René Taillandier sich hier auf ein europäisches Mandat berufen hätte. Der Sultan bemerkte dazu: „Mir selbst gegenüber haben sich die Franzosen in diesem Sinne ausgesprochen.“ Auf meine Frage, wer es gewesen sei, erwiderte der Sultan: „Herr Saint René selbst!“, der Sultan fügte hinzu: „Ich habe dann gefragt: Wer sind denn die Nationen?, da ich wußte, daß Deutschland und Italien solches Mandat nicht erteilt haben. Herr Saint René hat darauf nichts erwidert und ich habe daraus meine Schlüsse gezogen, die der Verfolg mir bekräftigt hat.“

Am 15. Mai meldet dann, wie in Nummer 2 des Weißbuchs berichtet wird, der deutsche Gesandte, Graf Tattenbach, eine Erklärung des Sultans, in der es heißt, die Regierung, welche Delcassé nach dem Kaiserbesuch in der Deputiertenkammer gemacht habe, die Marokkanische Regierung habe die französischen Reformvorschlüsse im Prinzip angenommen, entsprechende ebenso wenig der Wahrheit, wie die Behauptung des französischen Gesandten, daß er im Auftrage Europas spreche. Ein Erlaß des Reichskanzlers an den Vorkonferenzen in Paris vom 22. Mai fasst den Inhalt und den Eindruck der Meldungen des Grafen Tattenbach dahin zusammen, daß sie nicht geeignet seien, die Ansicht von dem stürmischen Charakter der bisherigen Marokkopolitik Delcassés zu ändern. Der Vertreter Frankreichs wolle ohne weiteres Bescheid auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Vertragsstaaten verbieten. Nach Herrn Nouviers bisherigen Versicherungen halte sich der Reichskanzler zu der Annahme berechtigt, daß der Ministerpräsident diese Art des Vorgehens mißbillige.

Eine weitere Reihe von Schriftstücken bezieht sich auf die Unterlassung der offiziellen Mitteilung des französischen Abkommens durch Herrn Delcassé.

In Nummer 3 wird ein am 12. April an mehrere Missionen gerichteter Erlaß des Reichskanzlers veröffentlicht, in dem mitgeteilt wird, es sei falsch, daß das französisch-englische Marokkoabkommen der deutschen Regierung schriftlich oder mündlich zu Kenntnis gebracht worden sein soll. Als aber im vorigen Sommer bereits längere Zeit nach der englisch-französischen Konvention der deutsche Vorkonferenz an Herrn Delcassé eine Frage richtete, welche sich auf den Inhalt jenes Abkommens bezog, erwiderte der Minister nur: „Sie finden das alles im Weißbuch.“ Zur Motivierung der unterlassenen amtlichen Mitteilung des Abkommens führte Herr Delcassé an, daß es in London abgeschlossen und dajelbst zu gleicher Zeit veröffentlicht worden sei. Dagegen habe er den spanisch-französischen Vertrag in Paris unterzeichnet und ihn vor der Veröffentlichung dem Sultan, b. Nichts durch Herrn Bichard mitteilen lassen. Delcassé fuhr fort, er habe geglaubt, durch die Mitteilung dieses aus dem englisch-französischen Abkommen entspringenden Vertrages für alles getan zu haben.

In Nummer 4 tritt dieser Auffassung ein Erlaß des Reichskanzlers nach Paris vom 1. Mai entgegen. Dacin heißt es u. a.: Die Veröffentlichung im „Journal officiel“ könne die direkte Mitteilung nicht ersetzen. Die Anerkennung des deutschen Standpunktes erfolgte durch Herrn Nouviers in dem

Exposé vom 21. Juni, welchem der Text des französisch-englischen Marokkoabkommens beigelegt ist.

Ueber das in Fez von Herrn Saint René Taillandier entwickelte Reformprogramm bringen zwei Berichte aus Fez vom 7. März und 30. Mai reichhaltiges Material bei. In dem ersten meldet der Konsul Vassel über das der Notabelversammlung vorgetragene französische Militärprogramm. Bei den in den Nummern 5, 6 und 7 geschilderten Vorschlägen des Gesandten für die Finanzreform und die Hofverwaltung tritt die Absicht klar zutage, die marokkanische Finanzverwaltung stufenweise unter französische Kontrolle zu bringen.

Im Laufe der Verhandlungen erklärte, wie aus Nummer 8 hervorgeht, der französische Gesandte, die französische Regierung sei beabsichtigt, die Souveränität und Freiheit des Maghzen zu achten, sie könne aber nicht erlauben, daß eine fremde Macht sich zwischen Marokko und Frankreich stelle. Frankreich habe ein scharfes Ohr und klare Augen für alle Worte und Handlungen des Maghzen. Der Maghzen müsse sich der schweren Verantwortung bewußt werden, die er auf sich lade, wenn er fortfahre, die in den Verträgen und Abmachungen begründeten Rechte Frankreichs zu mißachten. Die weiteren Mitteilungen beziehen sich auf den Haferbetrieb, ferner auf Anlagen der Säsen, auf einen Telegraphen längs der Küste, auf allgemeine Speicher nach Barrantheim. Dazu die Erteilung eines Privilegs an das französische Bankensortium für eine „Maison de banque marokkanische Speichergesellschaft“ auf 30 Jahre. Endlich sollten sich die Banken, die unter der Führung der Banque de Paris et des Pays-Bas die letzte Anleihe übernommen hatten, zum Betrieb einer marokkanischen Staatsbank zusammenfassen. Die Bank würde in allen Orten, wo dies wünschenswert wäre, Zweigstellen zu errichten haben, und Zahlungen gegen etwa 2 Prozent Kommission vermitteln. Diese Stellen würden Regierungssäckelstellen werden und die Regierung der Bargeldverwendung übersehen. Ferner sollte die Bank eine laufende Rechnung für die Regierung eröffnen. Endlich wird die Aufsicht durch einen Regierungskommissar vorgesehn. Abschließend bemerkt Graf Tattenbach in Nummer 9 zu diesem Programm: „Es kam keinem Zweifel unterlegen, daß die Durchführung dieser Vorschläge die wirtschaftliche Angliederung Marokkos an Frankreich zur Folge hätte. Besonders charakteristisch in dieser Hinsicht ist das Bestreben, das gesamte Finanzwesen durch eine privilegierte Notenbank, das gesamte Exportgeschäft durch ein Barantheimunternehmen und — durch die mit diesem Unternehmen in eine lose Verbindung gebrachte generelle Erlaubnis zum Länderewerb — die gesamte An siedlungspolitik in französische Hände zu bringen. Die dürftigen Proben, die für den nichtfranzösischen Handel oder nichtfranzösische Unternehmungen abfallen sollen, sind nicht geeignet, die Befürchtungen zu zerstreuen, daß ein in eine derartige Abhängigkeit von Frankreich weltwirtschaftlicher Sphäre gebrachtes Marokko nur kümmerliche Möglichkeiten für den freien Wettbewerb der auf dem Weltmarkt konkurrierenden Mächte zu bieten vermöchte.“

Am 28. Mai überendet die marokkanische Regierung dem französischen Gesandten eine Note, welche die französischen Vorschläge ablehnt und die Einladung zu einer Konferenz ankündigt. Herr Saint René ließ dem Sultan sagen, Frankreich werde an einer Konferenz nicht teilnehmen, sollte es aber doch zu einer Konferenz kommen, so würden die an der Konferenz beteiligten Mächte jedenfalls Frankreich das Mandat erteilen, die französischen Reformpläne allein durchzuführen.

Auf eine Anfrage des Sultans erklärte der deutsche Gesandte, Saint René sei nicht berechtigt, Erklärungen abzugeben über die Haltung der anderen Mächte, insbesondere Deutschlands, auf der Konferenz.

Das Weißbuch legt in den folgenden Nummern sodann den prinzipiellen Standpunkt der deutschen Marokkopolitik dar, zunächst den vom Reichskanzler bereits im Reichstage verlesenen Erlaß vom 11. April an Meiterreich. In gleichem Gedankenangebot betragt sich ein Erlaß des Reichskanzlers an eine Reihe von Missionen vom 12. April. Als neues Moment tritt hier hinzu, daß Deutschland direkt eine neue Konferenz der Vertragsstaaten als Mittel zur friedlichen Lösung bezeichnet hatte. Davin heißt es, die Konferenz wäre mehr als je angezeigt, da durch die Möglichkeit eines französischen Protektorats die fremden Privatinteressen in ihrer Gesamtheit bedroht seien. Die deutschen Interessen seien identisch mit diesen. Nach der schon erwähnten Erlaß an den Fürsten Radolin vom 15. enthält einen, den Konferenzgedanken berührenden Passus über die Gesamtheit der nichtfranzösischen Interessen, welche als bedroht bezeichnet werden und die mit den deutschen Interessen identisch seien und in dem die Bereitwilligkeit Deutschlands zur befriedigenden Erledigung der jetzigen Spannung erklärt wird. Nachdem dann der marokkanischen Regierung die Konferenz vorgeschlagen ist, ergeht am 5. Juni ein Runderlaß des Reichskanzlers, der den Konferenzgedanken nachdrücklich vertritt. Derselbe legt den deutschen Reichsstandpunkt dar und betont, daß das auf Grund des Artikels 17 der Madrider Konvention geplante Reformwert nur mit Zustimmung aller Signatarmächte möglich sei und beim Scheitern der Konferenz der bisherige Vertragszustand aufrecht erhalten bleibe. Letzterer würde schon durch den Widerspruch einer einzigen Signatarmacht verbürgt werden. Der Erlaß schließt, der Einspruch gegen die französische Aktion stelle nur die Verteidigung der durch die Madrider Konvention verbürgten Rechte dar.

Die beiden Mitteilungen nach Paris vom 12. und 16. Juni geben die Ansicht der deutschen Regierung über die Aufgabe der Konferenz an und halten fest, daß eine Aussprache über die Ausdehnung der Reformen erst erfolgen könne, wenn Frankreich die Einladung zur Konferenz angenommen habe. Die Finanzreform müßte gleichfalls international behandelt

werden. Die wirtschaftliche Erziehung von Marokko habe unter voller Beachtung des Grundgesetzes der offenen Tür zu erfolgen. Heerwesen und Polizei würden zunächst international zu behandeln sein, als die Konferenz das Mandat zur Durchführung der erforderlichen Reformen erteilen müßte. Diese Aufgabe würde, so weit es sich um Distrikte an der algerischen Grenze handelt, naturgemäß Frankreich allein zufallen können, womit der Hauptwunsch Frankreichs erfüllt wäre. Dagegen würde kein Grund vorliegen, das Mandat für entferntere liegende Plätze, insbesondere am Atlantischen Ozean, allein an Frankreich zu übertragen. Hier würde es vielmehr der Sachlage entsprechen, daß die Polizeireformen in den einzelnen Distrikten verschiedenen Mächten zugeteilt werden. Die zu gründende Marokkanische Staatsbank müßte nicht lediglich von einer französischen Bankgruppe, sondern von Bankgruppen der verschiedenen Mächte ins Leben gerufen werden. Dabei würden die leitenden Stellen, sowie das einzuwachsende Kapital möglichst gleichmäßig zu verurteilen sein.

Es folgt dann das aus dem französischen Gelbbuch bekannte Exposé Nouviers vom 21. Juni, worin die endgültige Zustimmung noch nicht gegeben werden kann, jedoch die Konferenz auch nicht abgelehnt wird. Die deutsche Antwort vom 24. Juni geht ausführlich auf den Inhalt des Exposés ein, legt die Durchführung der Reformen in Marokko dar und setzt die Zustimmung der übrigen Mächte voraus. Die Konferenz werde überdies dem Sultan, dessen Zustimmung die erste Voraussetzung der Reformen bilde, das Eingehen auf die Vorschläge der Konferenz wesentlich erleichtern, da das Reformwert alsdann die Sanction aller beteiligten Mächte erhalten würde. Die Note spricht die Hoffnung aus, daß die französische Regierung ihre gegenwärtigen Bedenken gegen die Konferenz dauernd den Korrekturen unterordnen werde, welche das Zustandekommen des Reformwertes für Marokko wie für die Länder der Welt mit sich bringe.

Es folgt dann die französische Zustimmung zur Konferenz vom 8. Juli, weiterhin die Vereinbarung vom 28. September, sowie das Reformprogramm. Schließlich teilt das Weißbuch die Astenstücke über die Frage des Molenaubaus in Tanger mit, die das Verfahren der deutschen Regierung darlegen.

Sozialdemokratisches.

Angefaßt der Entwicklung der Dinge in Rußland kann es nicht gerade überraschen, daß die russische Revolution allgemach anfängt, die deutsche Sozialdemokratie, die monatelang so enthusiastisch von ihr geschwärmt und sie als Vorbild für eine Umwälzung ins Zukunftstaatlische bewundert hatte, ein wenig zu enttäuschen. Auslassungen, die für eine eingetretene starke Ernüchterung über die Erfolge der russischen Revolution bezeichnend sind, hat, wie schon mitgeteilt, der „Arme Teufel“, das Organ des Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer-Zittau, zum Schrecken des Zentralorgans veröffentlicht, das wohl dem Grundfalsch huldigt, daß man so etwas allenfalls denken, aber beileibe nicht aussprechen dürfe. Natürlich soll eben in den deutschen „Proletariern“ so lange wie möglich der Wahnsinn erhalten werden, als ob die russische Revolution von Sieg zu Sieg fortschreite, da nur so die nötige Begeisterung für ein „tatkräftiges“ Vorgehen in Deutschland erzeugt und aufrechterhalten werden kann. Trotz der Begeisterlichkeit dieses Wunsches ist dem „Armen Teufel“ alsbald ein Bundesgenosse erstanden in dem „Volkswort für Anhalt“, dem Organ des sozialdemokratischen Abgeordneten Peus, das es in dem nun einmal üblichen anmutigen Verkehrsstil eine Bauchschneiderei vor der Majestät des Proletariats nennt, daß der „Vorwärts“ Edmund Fischers Artikel vom Ende der russischen Revolution als „Hochverrat an der Sache des Volkes“ bezeichnet habe. Aber auch der „Vorwärts“ hat seine Hoffnungen und Träume wesentlich herabgestimmt. Er ist nur auf einmal zur Erkenntnis gelangt, daß allerdings zur Errichtung eines sozialistischen Staates Rußland noch nicht reif sei. Der „Vorwärts“ hat aber lange genug so geschrieben, als stände in Rußland der Sieg des Proletariats bevor. Jetzt begnügt er sich mit der Aussicht, daß eine Fortsetzung des früheren absolutistischen Regiments unmöglich und nur noch ein liberal-demokratisches Regime mit einem starken sozialpolitischen Einschlag denkbar sei. Das ist zwar bei weitem nicht das, was die Sozialdemokratie in Rechnung genommen hat, gleichwohl ist es mehr als fraglich, ob auch nur dieser Traum eine Erfüllung im Sinne der Sozialdemokratie finden wird.

Ein bezeichnendes Beispiel für den brutal-terroristischen, revolutionsfiebernden Ton, den die von Bebel fortfortierende sozialdemokratische Presse zu der Zeit angeschlagen sich erlaubte, als die russische Revolution noch auf ihrer Höhe stand, und ihre Fruchtifizierung für deutsche Verhältnisse ein dankbareres Unternehmen scheinen konnte als heute, bietet ein Artikel: Ein Jahr der Revolution in

der Nummer der „Neuen Zeit“ vom 30. Dezember v. J., in dem es heißt:

„Sie sprechen wie die Blinden von der Farbe, die Neumalweissen, die innerhalb der deutschen Grenzen nichts anderes hören als das gemüthliche Schnarchen des Pöblisters, der seine Ruh haben will, und nichts anderes sehen als den trübe stagnierenden Sumpf patriotischer Selbsteigenschaft, die keine anderen Störenfried erblicken als das „maßlose Treiben“ der sozialdemokratischen Presse. Dies „maßlose Treiben“ gibt nun einen unendlich schwachen Begriff von dem, was heute in den Massen des deutschen Proletariats empfunden und gedacht wird. Den deutschen Arbeitern spricht ihre Presse nicht zu wild, sondern viel zu zahm; sie würden eine ganz andere Färbung reden, sobald die Zeit gekommen ist. Denn ihre Geduld ist lange erschöpft, und jede Kunst in ihnen zuckt, das qualvolle Joch abzuzwerfen, das ihre Schultern seit Jahren und Jahrzehnten wund und wundert drückt. Die deutschen Liberalen aber präsentieren sich wieder einmal in ihrer ganzen Feigheit, sei es, indem sie die Arbeiterblätter wegen deren „revolutionären“ Haltung denunzieren, sei es, indem sie väterlich warnen, doch ja keine Sprache zu führen, die das Gefindel der reaktionären Scharfmacher reizen könne. Diese Warnung ist nicht so verächtlich, aber für die Gewarnten fast noch beleidigender als jene Denunziation. Ihre Sympathie mit ihren russischen Brüdern, unter deren gewaltigen Streichen die letzte Zwangsburg des Selbstherrschertums frachend zusammenbricht, sollen die deutschen Arbeiter verhehlen oder doch nur so verhohlen betunden, daß ein beliebiges Rad von Schlot- und Zammjähren, von reaktionären Zungen- und Zintentulis keinen Anstoß daran nimmt. Zu welchem Mehrdrit diese bürgerlichen Helden doch ihre eigenen bürgerlichen Rechte machen! Eine Pressefreiheit von Gnaden eines Nordhoff oder Stöcker, das ist nunmehr ihr Ideal, und das Ideal wollen sie den deutschen Arbeitern aufdrängen; zur Zeit, wo ein revolutionäres Gewitter endlich den dürstenden Boden des internationalen Proletariats tränkt.“ Es wird weiter noch ausgeführt, daß die Reaktionen mit dem Verzicht auf neue Ausnahmestricke nur sich und ihrer verrotteten Gesellschaftsordnung einen Dienst erwiesen, nicht aber der deutschen Arbeiterklasse, die wahrlich, wie es heißt, nicht würdig wäre, an die Seite ihrer russischen Brüder zu treten, wenn sie nicht mit jedem noch so frechen Attentat fertig zu werden wüßte, das die Gehirnen deutscher Land- und Schlotjunker gegen sie erfinden könnten. Zum Schluß wird dann noch mit potenzierten Nachdruck das revolutionäre Programm der Sozialdemokratie wie folgt verkündet: „Es wäre verbrecherische Torheit, sich in dieser Mobilmachung aller revolutionären Kräfte, die in der deutschen Arbeiterklasse ruht, hören zu lassen, sei es durch brutale Drohungen oder durch feigherzige Wallungen. Indem wir dem Jahre der Revolution einen dankbaren Abschied sagen für alles Gewaltige und Greßliche, das es uns beschieden hat durch den Selbdenmut unserer russischen Brüder, grüßen wir das Jahrzehnt der Revolution, das ihm auf dem Fuße folgt, in der frohen Zuversicht, daß es der deutschen Arbeiterklasse reiche Gelegenheiten bietet, in einem weltgeschichtlichen Ringen ehrenvoll zu bestehen.“

Diese Auslassungen haben ihren besonderen Wert gegenüber den Verjahren, die bürgerliche Gesellschaft über den Ernst der von der Sozialdemokratie verfolgten revolutionären Absichten hinwegzutäuschen, die jegliche Revolutionen als ein nicht wirklich gefährliches Spiel mit Phrasen auszugeben und sogar den sporadisch wieder sich regenden Revisionismus als gewichtigen und der Berücksichtigung wertigen Faktor innerhalb der jetzigen sozialdemokratischen Bewegung auszuspielen.

Ein Rückzug der serbischen Regierung.

In unserer Nummer vom 3. Januar brachten wir eine Meldung unseres Belgrader Korrespondenten, derzufolge dort die Nachricht, daß die Verhandlungen, welche in Wien zum Zwecke der Erneuerung des Handelsvertrages zwischen den serbischen und österreichisch-ungarischen Delegierten geführt wurden, abgebrochen seien, große Bestürzung hervorgerufen habe. Ohne daß man von Wien aus es für angemessen hielt, energische Schritte in Belgrad zu unternehmen, hat jetzt dort die Erkenntnis, daß man den mächtigen Nachbarn nicht erzürnen dürfe, sich Bahn gebrochen. Sehr wichtige Mitteilungen, welche der serbische Ministerpräsident, Herr Stojanovic, und der serbische Minister des Aeußern, Herr Antonic, dem Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ gemacht haben, bieten die authentische Sicherheit, daß der serbisch-ungarische Unionsvertrag vollständig gezeichnet ist. Der Korrespondent berichtet über diese Unterredungen folgendes:

Als ich den Ministerpräsidenten Herrn Stojanovic besuchte, um von ihm authentisches über die Zollunion mit Bulgarien zu erfahren, sagte er mir gleich nach der Begrüßung:

„Ich bitte Sie, von meiner Seite nur eines zu erklären und zu betonen, daß Serbien nicht nur einen großen, sondern den größten Wert darauf legt, mit Oesterreich-Ungarn einen Handelsvertrag zu schließen. Alles, was die Abschließung dieses Vertrages hindern könnte, wird beiseite geschoben oder auch fallen gelassen. Das gilt natürlich auch von dem sogenannten serbisch-bulgarischen Unionsvertrage. Findet Oesterreich-Ungarn in diesem Vertrage etwas, was auf unsere wirtschaftlichen gegenseitigen Beziehungen tödend wirken könnte, so wird es entweder durch die besonderen Annexen in dem Unionsvertrage umgeändert, wenn die Umänderung noch möglich ist, oder der ganze Unionsvertrag wird geopfert, da er für Serbien weder einen großen wirtschaftlichen noch einen besonderen politischen Wert hat.“

Auf die Frage, ob die bulgarische Regierung nicht berechtigt war, den Zollunionsvertrag der Sobranje vorzulegen, ohne zuerst die serbische Regierung davon zu benachrichtigen, sagte mir der Ministerpräsident:

Es war zwar vereinbart, daß diese Vorlage nicht ohne vorheriges Einverständnis den Parlamenten unterbreitet werden sollte, diese Vereinbarung war aber nicht genügend betont. Die bulgarische Regierung benutzte diesen Mangel an Deutlichkeit, um die Vorlage der Sobranje in dem Augenblicke vorzulegen, welcher ihr am besten paßte.

Vor ich Abschied nehmen wollte, stellte ich die Frage, ob der Ministerpräsident glaube, daß der Zollunionsvertrag mit Bulgarien mit dem serbisch-österreichisch-ungarischen Vertrage vereinbar wäre.

Der Ministerpräsident sagte kurz und deutlich: „Wenn die Vereinbarkeit nicht möglich ist, so wird der Unionsvertrag fallen gelassen. Er würde von der Sobranje mit Affirmation votiert, es ist aber fraglich, ob die Substantia ihn so leicht votiert.“

wird. Es ist sogar fraglich, ob wir ihn überhaupt vorlegen werden, wenn er uns in unseren Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn geniert.“

Aus dieser ganzen Unterredung gewann ich den Eindruck, daß die heutige Regierung auf den Unionsvertrag keinen großen Wert legt, daß sie ihn vielmehr als eine Last betrachtet, die sie zwar in Erbschaft genommen hat, von der sie sich aber gerne losmachen möchte.

Dieser Eindruck blieb auch nach der Unterredung, die ich eine halbe Stunde später mit dem Minister des Aeußern, Antonic, hatte.

„Die Grundlagen des Vertrages“, sagte mir der Minister, „wurden unter dem Kabinett Pasic formuliert. Die Verhandlungen waren schon weit vorgeschritten, als das Kabinett Stojanovic ins Leben berufen ward. Es blieb der neuen Regierung nichts übrig, als dieselben fortzusetzen und zum Abschluß zu bringen und nur in dem Aeußern Reserven zu machen, die ihr nötig schienen. So tat man es auch. Der Vertrag wurde auf den Grundlagen des Pasic gezeichnet. Da dem Unionsvertrage großen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen werde, so stellte man einen Annex zusammen, in welchem es ausdrücklich heißt, daß der Unionsvertrag als unzulässig, als nicht existierend zu betrachten ist, wenn einer der Bundesstaaten oder beide durch diesen Vertrag bei der Abschließung der besondern Verträge mit anderen Ländern gestört werden. Da tatsächlich die Veterinärkonvention mit Oesterreich-Ungarn, die wir antretten und antretten müssen, mit einem Unionsvertrage, so wie er vor uns dasteht, nicht vereinbar ist, so muß der Unionsvertrag fallen gelassen werden. Es gibt keinen anderen Ausweg.“

Der Schluß aus dieser Unterredung wie aus derjenigen mit dem Ministerpräsidenten ist, daß der Unionsvertrag ein totesbornes Kind ist.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Paris, 7. Jan. Der Priester Gapon hat Nizza verlassen und ist über Paris weitergereist; man weiß in diesem Augenblicke nicht, wohin. Ehe er Nizza verließ, flüchtete er aus seiner Wohnung zu einem Freunde, um die Verfolgung der ihn stets beobachtenden Polizeigenossen zu leiten. Dieser Freund berichtet über den Besuch Gapons, der sich in Nizza Schwohows nannte, folgendes: Gapon trat wieder dafür ein, daß die Revolutionäre den Zusammenritt der Reichsarmee abwarten mögen, und bezeichnete die bewaffnete Erhebung von Moskau als ein Werk der Unmöglichkeit, welches geeignet ist, die Revolution zu kompromittieren. Ein Pole kam zu Gapon, welcher verächtlich, daß er für die Autonomie Polens sei, das in die slavische Forderung eintreten solle. Der Pole rief begeistert: „Alle Slaven müssen sich zu einer großen slavischen Republik vereinigen, um die Herrschaft der Deutschen abzustößeln; die Deutschen wollen die Polen von Rußland trennen. Der Freund Gapons brachte das Gespräch auf die häufigen Witten, die Gapon im Spielsaal von Monte Carlo gemacht hat, indem er bemerkte: „Ihr wildes Spiel am Roulette ist kein Ansehen als revolutionär nicht nützlich sein.“ Gapon erwiderte: „Bin ich als Gapon in den Spielsaal gegangen? Nein, als Schworow, als ein Unbekannter, als Kasse, wie so viele andere. Ich hatte in England mit einem Zeitungsartikel zwölftausend Rubel verdient. Ich bin darüber sehr froh. Unsere Partei braucht viel Geld. Warum sollte ich nicht spielen und das Glück am Spielteufel versuchen? Ich habe es versucht und gewonnen.“ Darauf bemerkte der Freund: „Weber Kravotkin, noch Wjera Schuljitsch, noch Semjatel haben niemals daran gedacht, die Revolution mit dem Golde von Monte Carlo zu bereichern. Noblesse oblige! Gewisse Prinzipien verpflichten noch weit mehr.“ Gapon schwieg.

St. Petersburg, 8. Jan. Die Meldung eines Börsenblattes, daß die russischen Anleiheverhandlungen ein vollständiges Fiasko erlitten hätten, ist, wie die Telegramm-Agentur von zuverlässiger Seite erfährt, gänzlich unwar.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 8. Januar.

Zur gestrigen Frühstundstafel im Großherzoglichen Schloß erschienen die Erbgroßherzoglichen Herrschaften. Abends 7 Uhr nahmen Ihre königlichen Hoheiten die Großherzogin, die Kronprinzessin von Schweden, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin an der Gedächtnisfeier für weiland Ihre Majestät die Kaiserin Augusta im Ludwig Wilhelm-Krankenhaus teil.

Heute vormittag 11 Uhr traf Ihre Majestät die Königin von Württemberg im Automobil zum Besuch der Erbgroßherzoglichen Herrschaften hier ein und stieg im Erbgroßherzoglichen Palais ab. Ihre Majestät ist begleitet von zwei Hofdamen und einem Kammerherrn.

Mittags 12 Uhr begab sich Ihre königliche Hoheit die Großherzogin zu kurzem Besuch Ihrer Majestät der Königin in das Erbgroßherzogliche Palais. Am frühen Nachmittag erhielt Ihre königliche Hoheit von Ihrer Majestät einen Besuch im Großherzoglichen Schloß.

Abends 8 Uhr 25 Minuten fuhr Ihre königliche Hoheit die Großherzogin an die Bahn zur Begrüßung Ihrer Majestät der Königin von Württemberg vor Höchsteren Abreise.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte in den letzten Tagen die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Regierungsrats Dr. Seub.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat Dezember 1905 393 Rentengefuche (34 Alters- und 359 Invaliden- bzw. Krankenrentengefuche) eingereicht und 302 Renten (23+254+25) bewilligt worden. Es wurden 47 Gefuche (5+42) abgelehnt, 348 (15+333) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren — Alters- 2 Invaliden- und — Krankenrenten zuerkannt. Bis Ende Dezember sind im ganzen 50877 Renten (9607 Alters- 39 875 Invaliden- und 1395 Krankenrenten) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen in Begleichung: 25 564 (6550 + 17 813 + 1201), so daß auf 1. Januar 1906: 25 313 Rentenempfänger vorhanden sind (3057 Alters-, 22 062 Invaliden- und 194 Krankenrenten). Verglichen mit dem 1. Dezember 1905 hat sich die Zahl der Rentenempfänger vermehrt um 53 (= 15 Alters- + 59 Invaliden- und + 9 Krankenrenten). Die Rentenempfänger beziehen Renten im Gesamtwertbetrage von 3 620 989,39 M. (mehr seit 1. Dezember 1905 10 631,54 M.). Der Jahresbeitrag für die im Monat Dezember 1905

bewilligten Renten berechnet sich und zwar für 23 Altersrenten auf 3582 M., 256 Invalidenrenten auf 11 098,20 M., 23 Krankenrenten auf 4016,40 M., somit Durchschnitt für eine Altersrente 155,74 M., für ein Invalidenrente 160,54 M., für eine Krankenrente 160,66 M. Für sämtliche bis 1. Januar 1906 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 137,27 M., einer Invalidenrente 143,74 M., einer Krankenrente 155,48 M. Beitragsleistungen wurden im Monat Dezember 1905 angewiesen infolge Heirat weiblicher Versicherter in 375 Fällen 14 795 M., infolge Todes versicherter Personen in 56 Fällen 4417 M.

(Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe.) Ständig ange stellt: die Postassistenten: Mathias Gum und Albert Strittmatter in Karlsruhe, Wilhelm Viel in Mannheim.

Ernannt zu Postverwaltern: der Ober-Postassistent Wilhelm Mayer aus Karlsruhe in Merchingen, der Ober-Postassistent Karl Nicolaus aus Karlsruhe in Rheinbischöfsheim.

Veretzt: der Postretiree Karl Hildenbrand von Durlach nach Karlsruhe; der Postverwalter Philipp Seeger von Rheinbischöfsheim nach Malsch (Amt Ettlingen); der Ober-Postassistent Oswald Kranz von Malsch nach Karlsruhe; die Postassistenten: Karl Bischoff von Durlach nach Durlach, Jakob Haas von Mannheim nach Bruchsal, Emil Henninger von Karlsruhe nach Durlach, Wilhelm Hilderhof von Mannheim nach Gerbach, Ludwig Hummel von Baden-Baden nach Heidelberg, Hermann Metzig von Forstheim nach Ettlingen, Valentin Stöber von Gernsbach nach Mannheim.

Freiwillig ausgeschieden: der Postgehilfe Friedrich Kölsch in Lintenheim; die Postgehilfin Frieda Bracht in Karlsruhe; die Telegraphengehilfin Anna König in Durlach.

(Die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle für Frauen) hat in Gemeinschaft mit den Frauenvereinen des St. Vinzenzvereins, der Abteilung Karlsruhe des Vereins Badischer Lehrerinnen und der Abteilung Karlsruhe des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium darum nachgesucht, daß zu allen Aemtern der hiesigen öffentlichen Armen- und Waisenpflege Frauen zugezogen werden. Der Stadtrat erwidert den Armenrat, bei Ausarbeitung seiner Vorschläge für die Reorganisation der hiesigen Armenverwaltung das obige Gesuch soweit thunlich zu berücksichtigen. Die Ernennung von Frauen zu Mitgliedern städtischer Kommissionen, also auch des Armenrats, hält der Stadtrat geschildert nicht für zulässig, da nach § 19a der Städteordnung nur Bürger zu Mitgliedern ständiger Kommissionen ernannt werden können und nach § 7 der Städteordnung nur männliche Personen Stadtbürger sein können.

(Kein hiesigen städtischen Arbeitsamt), Jahrgangstr. 112, wurden im Monat Dezember 1905 in der männlichen Abteilung 709 offene Stellen angemeldet gegen 1086 im November 1905 und 469 im Dezember 1904. Arbeitsfunde meldeten sich 1901 (darunter 736 sog. Passanten) gegen 2368 im November 1905 (darunter 828 Passanten) und 2909 im Dezember 1904 (darunter 1887 Passanten). Eingestellt wurden 650 Personen gegen 914 im November 1905 und 411 im Dezember 1904. Der Rückgang im Stellenangebot ist eine im Dezember sich regelmäßig zeigende Erscheinung und hauptsächlich durch die Einschränkung der Bauaktivität veranlaßt. Ueberfluth war an stelltenfuchenden Schneidern. — In der weiblichen Abteilung wurden 118 offene Stellen angemeldet gegen 154 im November 1905 und 135 im Dezember 1904. Die Zahl der Stellenfuchenden betrug 145 gegen 253 im November 1905 und 193 im Dezember 1904. Eingestellt wurden 90 Personen gegen 146 im November 1905 und 118 im Dezember 1904. — Die Stellenvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (Dienstherren) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich.

(Die scheinbar lebenden Kristalle.) Herr Professor A. Fuhs in Freiburg schreibt uns, bezugnehmend auf unsere Mitteilung in Nr. 358 vom vorigen Jahre, die Unveränderlichkeit der beobachteten schlangenförmigen Kristalle bei konstanter Temperatur widerspreche seiner Erklärung (Entstehung infolge expansiver Oberflächenspannung) nicht, da sich ein solches Zylindergebilde trotz der angenommenen Extensionkraft der Oberflächenspannung infolge der Wirkung der Elastizität im Gleichgewicht befinden könne, und verweist auf seine Abhandlungen in Wiedemanns Annalen, Band 29, 144, 1886, und in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie, Band 99, 11a, Dezember 1890, sowie auf Arbeiten anderer Forscher, welche eine expansive Oberflächenspannung annehmen. Er macht ferner darauf aufmerksam, daß er in seinen „Mikronechanischen Studien“ im „Rosmos“ (Stuttgart, 1886) ähnliche Erscheinungen durch Ein- und Ausdiffundieren von Stoffen erklärt habe.

Auch diese modifizierten Hypothesen sind, wie uns von berufener Seite geschrieben wird, nicht geeignet, die beobachteten Tatsachen zu erklären. Der Umstand, daß eine „Schlange“ sich sofort zu einem Tropfen kontrahiert, sobald ihre Enden zusammenfließen, beweist, daß ihre Form nicht durch ein Gleichgewicht zwischen expansiver Oberflächenspannung und Elastizität bedingt sein kann, daß vielmehr die Oberflächenspannung eine kontraktive ist. Die Stoffaufnahme kann auch nicht auf Diffusion beruhen, denn bei solcher bewegt sich der Stoff nach Orten geringerer Konzentration, während hier das Umgekehrte eintritt, denn die Lösung außerhalb der Schlange ist weniger konzentriert, als die Masse der Schlange.

Die Kraft, welche die neu hinfingewonnenen Moleküle in die Schlange hineinzieht, ist vielmehr derjenige Kraft verbandt, welche das Wachstum der Kristalle bewirkt, sowie die Parallelrichtung der Moleküle im Kristall, im Prinzip eine Anziehung der Kohäsion. Die Spaltbarkeit der Kristalle (z. B. von Steinsalz, Glimmer usw.) beweist, daß diese Kraft des Zusammenhangs in verschiedenen Richtungen im Kristall verschieden ist. Herr Professor Gagenbach in Basel hat nachgewiesen, daß diese Verschiedenheit insbesondere auch zur Geltung kommt bei der Bildung des Gletscherkorns, insofern solche Eiskeisten, welche bei der Bewegung der Gletscher in paralleler Stellung zusammenstreffen, leicht aneinander haften bleiben (verschmelzen), während sie z. B. bei getrennten Lagen weit schwächer haften und bei fortwährender Bewegung der Gletschermassen leicht wieder auseinander brechen (Transkristallisation). Bei dem in Frage stehenden Stoff kann man leicht erkennen, daß eine solche Verschiedenheit der Kohäsion auch bei fließenden Kristallen auftritt, obgleich Biola (Grundzüge der Kristallographie, Leipzig, 1904, Seite 4) letztere von der Kristallographie ausschließen zu müssen glaubt, weil eine Anisotropie bezüglich der Kohäsion nicht nachgewiesen sei. Die reinen Kristalle treten in Form hemimorpher Pyramiden mit Basis auf, d. h. in einer Gestalt ähnlich einer ägyptischen Pyramide, nur beträchtlich steiler. Kommen zwei solche Pyramiden, in Lösung schwimmend, in paralleler Stellung mit einander in Berührung, so fließen sie sofort zu einer einzigen zusammen. Sind sie getrennt, so entsteht ein Zwilling, d. h. ein Gebilde mit zwei Spitzen. Es ist indes labil derart, daß eine geringe Störung ein Umlappen bewirkt, so daß schließlich doch eine einzige Pyramide resultiert. Eine weit stabilere Zwillingsbildung ergibt sich, wenn zwei Pyramiden mit ihrer Basis zusammenstreffen. Es entsteht dann eine Art Oktaeder. Werden mit sinkender Temperatur infolge steigender Aufnahme von Wasser

fungsmitteln die Kristalle weicher, so wird die Spitze der Pyramide durch die Oberflächenspannung eingedrückt, es entsteht ein kugelförmiger Tropfen, an welchem aber die Basis der Pyramide als Überbleibsel erhalten bleibt. Fließen zwei solche Tropfen in übereinstimmender Lage zusammen, so tritt Koagulation zu einem einzigen Tropfen von gleicher Struktur ein. Treffen sie aber in entgegengesetzter Lage, d. h. mit den Basissflächen zusammen, so haften sie wohl aneinander, fließen aber nicht zu einem Individuum zusammen, das Gebilde bleibt vielmehr ein Zwilling, ein Doppeltropfen. Solche Doppeltropfen brechen leicht wieder auseinander, insbesondere kann ein bakterienartiges Stäbchen ähnliche Zwillingstruktur annehmen, und dann auseinanderbrechen (Teilung).

Treffen zwei Tropfen derart in entgegengesetzter Stellung zusammen, daß die Abplattungsstellen einander abgewandt sind, so resultiert ein Tropfen mit zwei Abplattungen. Ebenso kann durch Vereinigung vieler Tropfen eine fagettierte Kugel herangezogen, bestehend aus einem Apparat von Pyramiden, deren Spitzen im Zentrum vereinigt sind. Gewöhnlich wachsen dann an die fagettierte (Basissflächen) Zwillingstropfen an, so daß das Gebilde etwa einer Brombeere ähnlich wird. Wächst ein solches bei fortgesetzter sinkender Temperatur, so nimmt nicht einfach der Durchmesser zu, sondern sprunghaft vergrößert sich auch die Zahl der fagetten, so daß jede immer ungefähr gleiche Größe behält, d. h. obgleich die Stoffaufnahme an der Oberfläche stattfindet, ändert sich beständig die ganze innere Struktur, man hat wie bei der Vergrößerung der Schlangen eine Art Wachstum durch Intusussuszeption. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die außerordentlich raschen Bewegungen der Schwämme der Schlangen gedämpft werden können durch fremde Zusätze, z. B. Stoffe, die sich infolge von Verfestigung der Substanz bei längerer Erhitzung bilden, und gewissermaßen eine Art Verfestigung der fälschbar lebenden Gebilde bewirken, so daß die Erscheinungen genau verfolgt werden können. In letzter Zeit ist es im physikalischen Institut der Technischen Hochschule gelungen, die Vorgänge auch ohne solche Zusätze photographisch zu fixieren unter Anwendung von Expositionszeiten von ca. 1/100 Sekunde bei etwa 400facher Vergrößerung; es scheint auch möglich zu sein, cinematographische Aufnahmen zu machen, und derart die Erscheinungen naturgetreu einem größeren Zuhörerkreis vorzuführen.

Naturwissenschaftlicher Verein. Am Freitag den 12. Januar, abends halb 9 Uhr, hält im großen Hörsaal für Chemie der Technischen Hochschule Herr Professor Dr. Haberer aus Griesbach einen Vortrag über: „Die Menschenaffen des japanischen Reiches“, mit Lichtbildern. Zu dem Vortrag sind auch die Angehörigen der Mitglieder eingeladen.

(Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 3. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Groß- und Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Baumgartner; später Dr. Fleischer. — Während der Monate Oktober und November führte der Tagelöhner Georg Kalthaus aus Mühldorf in verschiedenen Gasthäusern und Privatgebäuden in Bruchsal meist zur Nachtzeit und unter Anwendung falscher Schlüssel eine Reihe von Diebstählen aus, bei denen ihm Kleidungsstücke, eine Herrenuhr und mehrere Geldbeträge in der Gesamthöhe von 162 M. zur Beute fielen. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten unter Anrechnung von 4 Wochen Untersuchungshaft auf 2 Jahre 8 Monate 8 Wochen Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Der früher bei der Firma Das Söhne in Kallstadt bedienstete Bierführer Josef Philipp aus Sulzbach hatte von den Geldern, die er bei Kunden seiner Firma vereinbarte, 151 M. sich angeeignet und war damit am 25. November heimlich von Kallstadt weggegangen. Er wurde wegen Untreue zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. — Einem Arbeitgeber, dem Antimier Schreiber in Kallstadt, entwendete der Kaufmann Anton Kühn in der Zeit vom Ende September bis 24. November nach und nach aus der Kasse den Betrag von 639 M. Kühn stand schon im Begriff, mit dem gestohlenen Gelde zu verfahren, als er noch rechtzeitig in Karlsruhe verhaftet wurde. Von dem Gelde fanden sich bei ihm noch 626 M. vor. Das gegen den Angeklagten erlassene Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. — In drei weiteren Fällen handelte es sich gleichfalls um Anklagen wegen Diebstahls.

(Aus dem Kolligierbericht.) In der Stadt m. h. h. a. d. e. l. e ein Mann, den seine Arbeiter gerufen hatten, zu bezahlen, wobei er ihm den halben Schürbart herausriß. — Ein Maurer aus Linfenheim wurde dabei angehalten, als er ein Kilometer heftig benetzte, das er einem Bierführer in der Bahnhofstation entwendete. — Wegen gemeinlich verübter Körperverletzung wurden fünf Arbeiter angeklagt, die einen Tagelöhner schwer mißhandelt, so daß er eine größere Verletzung davontrug. — Ein 21 Jahre alter Ausländer von hier, der über fünf Jahre in einem feigen Geschäft in Stellung war, ging, nachdem er 154 M. Kundengelder unterzogen, flüchtig und machte in Baden einen Selbstmordversuch, weshalb er in polizeiliche Gewahrsam genommen wurde. — Verhaftet wurde u. a. ein Schlosser aus Neulingen, weil er in einer Wirtschaft einen Fiskus stahl und Kleidungsstücke zum Wiederverkauf zusammenstellte. — Auf einem Feldwege bei Mühldorf wurde heute früh ein Liebespaar mit Schußwunden aufgefunden. Der junge Mann ist tot, das Mädchen liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus.

S. Mannheim, 5. Jan. Der Bezirksausschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose für Mannheim-Land, der außer den Landorten des Amtsbezirks auch die Vororte der Stadt Mannheim umfaßt, hat, wie aus dem Berichte über seine für dieses Jahresveranlagung hervorgeht, auch im verfloffenen Jahre eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Während die meisten Ortsausschüsse hauptsächlich mangels zureichender Mittel bisher nur durch Belehrung und Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren der verbreitenden Volkskrankheit wirken konnten und zu diesem Zwecke Tuberkulosemerksblätter zur Verteilung brachten, Vorträge durch Ärzte halten ließen und mitunter auch materielle Hilfe durch die örtlichen Frauenvereine herbeiführten, ist die fürstorgestellte Redakur, Dank der finanziellen Unterstützung der Fabrikdirektoren Adolf und Karl Benninger in der Lage gewesen, eine planmäßige Tätigkeit zu entfalten. Die auf einem mit Obstkämen beplanten Grundstück in der Nähe des Rheines gelegene Kindererholungsstätte, die am 31. Juli v. J. in Benutzung genommen wurde, genährte einer großen Anzahl tuberkulöser Kinder Unterstutz und hatte schöne Erfolge zu verzeichnen. Die Kinder zeigten nach einem Zeitraum von 6 Wochen 5 bis 10 Proz. Mehrgewicht. Der Bezirksausschuß beschloß, in diesem Jahre sein Augenmerk auch auf die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu richten.

Kleine Nachrichten aus Baden. In Heidelberg wurde der 28 Jahre alte Heizer Mohr von einer Maschine überfahren und getötet. — Am Freitag stieß auf dem Lokalbahnhof im Stadtteil **Rebdingen** (Kreuzweg) ein Zug infolge falscher Weichenstellung auf drei Personenwagen, wobei insgesamt sechs Wagen entgleisten. Der Materialschaden ist erheblich. Verletzt wurde niemand. — In **Kuppenheim** brannte die Schneiderei Sägemühle nieder. — In **Schutterwald** starb der Gastwirt Lippis infolge eines Sturzes in der Scheuer. — Am Samstag entluden sich im **Freisingen** tüchtige Gewitter, verbunden mit Sturm.

Karlsruher Kunstverein.

Albert von Keller ist einer der führenden Meister der Münchener Sezession. Wenn wir freilich diese Stellung des Künstlers innerhalb der Münchener Kunst auf ihre innere Berechtigung hin prüfen wollen, so dürfen wir uns nicht an die großen, ausgeführten Bilder halten. So flott diese Porträts mondäner Salondamen, Tänzerinnen u. dgl. ausgeführt und gemalt sind: die feineren Qualitäten der künstlerischen Kunst verlieren sich mit der Größe des Maßstabs. Der äußere Ehrgeiz, der etwas virtuosenhaft vorgetragene Effekt überwiegt den inneren Ernst. Auf eine viel reiner und tiefer künstlerische Note sind die kleineren Arbeiten gestimmt. In der stützenhaft zurückhaltenden Darstellung tritt das Gegenständliche ganz hinter den eigentlich malerischen Wert zurück. Zu dem besten darunter gehört eine Hellschattenskomposition: „Die glückliche Schwester“ in ihrem aparten Zusammenklang einer konzentrierten, warmen Lichtmasse mit kühlen Schattensmassen, und die plantonische „Kreuzigung“. Auch der weibliche Studentkopf „Eustapia Paladino“ hat in seiner strengen Zeichnung und distinkten Farbe etwas sehr Vornehmes. Streulichtweise sind jetzt auch die beiden Alpenlandschaften von Vaer in den großen Saal gehängt. So hat man die richtige Fassung, um die beachtete Wirkung dieser vollendeten Wiedergaben grandioser Natureindrücke zu gewinnen. Boer ist nicht nur ein Meister der Technik in der Bewältigung großartiger Freilichtprobleme, sondern auch ein starker kolorist. Von beiden Gesichtspunkten aus ist aber die Landschaft mit dem gold-silbernen Gemälde überwältigender und abgerundeter, als die mit dem etwas starren, blauen Himmel. Von Robert Breslau ist eine Skulption in Marmor nach interessanten Altreliefs aus Straßburg und Häuseransichten ausgeführt. Die malerische Reize der Motive sind durch eine wirkungsvolle Gegenüberstellung heller und dunkler Massen noch besonders gehoben. K. W.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 8. Jan. Seine Majestät der Kaiser hütet in Folge leichter Erkältung das Zimmer, doch finden die regelmäßigen Vorträge statt. Prinz Adalbert von Preußen begibt sich zu mehrwöchentlicher Kur nach St. Moritz.

Dresden, 8. Jan. Wegen Beteiligung an den Demonstrationen in der Nacht zum 17. v. M. wurden heute der Kaufmann Otto Bomsdorf zu 1 Jahr 3 Monaten und der Handwerker Heinrich Bennemann zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Paris, 8. Jan. Von den Senatswahlen steht nur noch das Resultat der Wahl auf der Insel Martinique aus. Nach einer offiziellen Zusammenstellung entfallen 70 Mandate auf den Bloc (republikanische Linke) und 32 auf die Opposition, welche 12 gemäßigte Republikaner, 15 Monarchisten und 5 Nationalisten umfaßt. Der Bloc hat nach der Angabe seiner Parteiführer drei Mandate gewonnen. Bemerkenswert ist, daß die sozialistische Partei, welche bisher im Senat nicht vertreten war, von den Radikalen zwei Mandate abgenommen hat, und zwar in Marseille, wo der frühere Bürgermeister Fauriol und im Departement Herault, wo der Generalrat Delhon gewählt wurde. Die Senatoren, die für die Trennungsvorlagen gestimmt haben, darunter der Präsident und der Berichterstatter der betreffenden Kommission, Vallé und Locméc, wurden fast ausnahmslos wieder gewählt. Die gemäßigten republikanischen und konservativen Mütter behaupten, daß ihre Parteien keine Verluste erlitten haben, jedenfalls sei der Verlust der Parteien nahezu unverändert geblieben. Mit einer gewissen Stadenfreude stellen diese Mütter fest, daß die radikalen Anhänger Combes vier Siege an die sozialistischen Radikalen und Sozialisten verloren haben. — Clemenceau schreibt in der „Aurore“, der glänzende Wahlsieg Gallières sei das bezeichnende Ereignis des gestrigen Tages.

Verschiedenes.

Darmstadt, 8. Jan. Sämtliche kaufmännische Vereine in Darmstadt erklärten sich für die Einführung der absoluten Sonntagsschließung von Samstag abend bis Montag früh.

München, 7. Jan. Der Senat der Technischen Hochschule hat anlässlich der Hundertjahrfeier der Erhebung Bayerns zum Königreich die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften ehrenhalber nachstehenden Persönlichkeiten verliehen: dem Geheimen Hofrat, Professor an der Universität Göttingen, Dr. Felix Klein, dem Staatsrat und Vorstand der Generaldirektion der bayerischen Staatseisenbahnen, Gustav von GERMAYER, dem Staatsminister Dr. von WERNER, dem Staatsminister Freiherrn von BODEWIS, dem Ministerialrat Julius BLAU und dem Reichsrat Freiherrn von SODEN-GRUBENHOFEN.

Ludwigshafen, 8. Jan. In Kostau erschloß sich der Kommerzienrat Johann Simon, Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Filiale Ludwigshafen.

London, 8. Jan. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Tokio hat am 4. Januar auf den Aitagraben in der Provinz Jmoo eine Explosion stattgefunden, durch die die Werke in Brand gerieten. Von 2000 Beschäftigten sind 101 ums Leben gekommen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, 9. Jan. Abt. A. 32. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Die Gondolieri“, Schauspiel in 4 Akten von Rudolf Herzog (Uraufführung). Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Mittwoch, 10. Jan. 12. Vorst. außer Ab. „Prinzess Laufendhändchen oder Die Wunderhärte der Tannenkönigin“, Weihnachtsmärchen in 6 Bildern von Max Möller, Musik von Karl Otterloh. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Donnerstag, 11. Dez. Abt. C. 33. Ab.-Vorst. „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Akten von Aimé MAILLART. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 12. Jan. Abt. B. 32. Ab.-Vorst. „Die Gondolieri“, Schauspiel in 4 Akten von Rudolf Herzog. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 13. Jan. Abt. A. 34. Ab.-Vorst. „Im bunten Rod“, Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan und Fehrn. v. Schlicht. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Sonntag, 14. Jan. Abt. B. 34. Ab.-Vorst. „Die Meisterfänger von Nürnberg“, in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende 11 Uhr.

Montag, 15. Jan. 13. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gastspiel von Suzanne Després und der Gesellschaft vom „Théâtre de l'Œuvre“ in Paris: „La robe rouge“, drame en quatre actes de E. Vercor. Anfang 7 Uhr.

Die Abonnementskarten für das 3. Quartal (37. bis 54. Ab.-Vorst.) können bis zum 16. d. M. an der Vorverkaufsstelle erhoben werden.

Im Theater in Baden.

Freitag, 12. Jan. 6. Vorst. außer Ab. Zum erstenmal: „Prinzess Laufendhändchen oder Die Wunderhärte der Tannen-

königin“, Weihnachtsmärchen in 6 Bildern von Max Möller, Musik von Karl Otterloh. Anfang 6 Uhr, Ende nach halb 9 Uhr. Preise: Fremdenloge 5,50 M. usw. Für jede Person ist eine Eintrittskarte zu lösen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 8. Januar 1906.

Ein vor der niederländischen Küste gelegenes ziemlich tiefes Minimum beherrscht heute die Witterungsverhältnisse Mittel-europas; es ist deshalb bei Temperaturen, die weit über dem Gefrierpunkt liegen, trüb und regnerisch. Eine wesentliche Veränderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 8. Januar 1906, früh.

Lugano bedeckt 2 Grad; Biarritz Regen 14 Grad; Nizza wolfig 7 Grad; Triest bedeckt 5 Grad; Florenz bedeckt 4 Grad; Rom halbbedeckt 3 Grad; Cagliari heiter 12 Grad; Brindisi heiter 5 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologie. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Grad. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
6. Nachts 9 ^u 11.	744.4	6.1	6.0	86	W	bedeckt
7. Morgs. 7 ^u 11.	744.8	5.7	5.8	85	„	„
7. Mittags 2 ^u 11.	745.9	6.7	5.2	72	„	heiter
7. Nachts 9 ^u 11.	743.8	5.9	5.3	77	„	bedeckt
8. Morgs. 7 ^u 11.	732.8	4.7	6.0	94	„	„
8. Mittags 2 ^u 11.	733.4	7.8	6.2	79	SW	„

Höchste Temperatur am 6. Januar: 12.2, niedrigste in der darauffolgenden Nacht 5.4.

Niederschlagsmenge des 6. Januar: 15.0 mm.

Höchste Temperatur am 7. Januar: 7.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.1.

Niederschlagsmenge des 7. Januar: 6.1 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 7. Januar: 3.75 m, gestiegen 34 cm. — 8. Januar: 4.07 m, gestiegen 32 cm.

Aufruf.

Die beklagenswerten Ereignisse in Rußland haben auch unzählige Deutsche, die in diesem Reiche wohnen, in bitterster Not versetzt. Viele von ihnen sind ohne jedes eigene Verschulden plötzlich brotlos geworden und stehen inmitten erregter, feindselig gestimmter Volksmassen hilflos da. Sie alle hoffen auf uns, auf ihre deutschen Stammesgenossen, sie hoffen, daß wir sie nicht im Stich lassen und offene Herzen und offene Hände für sie haben werden.

Um ihre Not zu lindern hat sich in Berlin ein **Zentral-ausschuß** und auf Veranlassung dieses hier der unterzeichnete **Ortsausschuß** gebildet.

Wir wenden uns mit der Bitte um Unterstützung an alle Kreise der heimischen Einwohnerschaft. Wer immer im Frieden des deutschen Reiches seines geschützten Heimes froh ist, der gedanke unserer unglücklichen Brüder in Rußland, die in einer verhängnisvollen Gegenwart einer unsicheren Zukunft entgegengehen!

Geldgaben werden von den Unterzeichneten, sowie auf dem Hauptsekretariate des Stadtrates entgegengenommen.

Karlsruhe, den 5. Januar 1906.

Der Ortsausschuß

für die notleidenden Deutschen Rußlands.

Anselment, Ludwig, Hofschneidemeister und Stadterordner, Vorstand des Gewerbevereins; Dr. Appel, Meier, Stadtrabbiner; Dr. von Babo, Hugo, Freiherr, Kammerherr, Geheimrat Rat und Vorstand des Großh. Geheimen Kabinetts; Befer, Julius, Chefredakteur (Redaktion der „Badischen Landeszeitung“); Dr. Bins, Gustav, Rechtsanwält und Stadtrat, Landtagsabgeordneter; Bodenstein, Emil, Stadtpfarrer; Dr. Burtin, Albert, Wirklicher Geheimer Rat; Dr. Dauter, Viktor, Chefredakteur (Redaktion der „Badischen Post“); Dürr, August, Kommerzienrat und Stadtrat; Dr. von Dusch, Alexander, Freiherr, Staatsminister, Präsident des Großh. Staatsministeriums, Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts; Ehret, Ludwig, Redakteur (Redaktion des „Badischen Landesboten“); Fritsch, Richard, Generalleutnant z. D., Präsident des Badischen Militärvereinsverbandes, Erzellenz; Frühau, Paul, Rechtsanwalt und Stadterordner, Landtagsabgeordneter; Geisler, Gustav, Geheimner Oberpostamt, Kaiserlicher Oberpostdirektor; Dr. Goldschmidt, Robert, Professor, Obmann des geschäftsleitenden Vorstands der Stadterordneten; Dr. Heimburger, Karl, Professor, Direktor der Realschule, Landtagsabgeordneter; D. Helbing, Albert, Geh. Rat, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Erzellenz; Herzog, Albert, Chefredakteur (Redaktion der „Badischen Presse“); Hoffader, Karl, Professor, Direktor der Großh. Kunstgewerbeschule; Homburger, Fritz, Bankier und Stadtrat (Bankhaus Zeitl. Homburger); Jacobi, Robert, Banddirektor (Fiskale der Rhein. Kreditbank); Karcher, Philipp, Kaufmann und Stadterordner, Vorsitzender des Hartigan-Militärvereinsverbandes; Kah, Julius, Chefredakteur (Redaktion der „Karlsruher Zeitung“); Knörzer, Anton, Geistlicher Rat und Stadtdekan; Kocle, Robert, Geh. Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer, Mitglied der Ersten Kammer der Landstände; van der Kors, August, Banddirektor (Fiskale der Badischen Bank); Meyer, Josef Theodor, Chefredakteur (Redaktion des „Badischen Beobachters“); Moser, Karl, Advokat, Obermeister der Freireuer- und Perückenmacherinnung, Vorsitzender der Handwerkskammer; Müller, Max, Kommerzienrat, Ritterstraße 1 (Kontor des „Karlsruher Tagblattes“); von Neubronn, Friedrich, Freiherr, Kammerherr, Geheimrat, Präsident des Großh. Oberlandesgerichts; Dr. Nicolai, Eduard, Präsident der Generalintendant der Großherzoglichen Zivilliste; Scheraga, Robert, Privatmann und Stadtrat, Mitglied des Landesgewerbevereins; Peter, Karl, Banddirektor (Reichsbank); Fohr, Paul, Kaiserlicher Banddirektor (Reichsbankstelle); Schneider, Karl, Oberbürgermeister; Söndleber, Gustav, Kunstmaler und Professor, Direktor der Akademie der bildenden Künste; Schwaninger, Georg, Großh. Oberrechnungsrat und Stadterordner, Hauptmann d. L., Vorsitzender des Ab- und Pfinzgan-Militärvereinsverbandes; Siefert, Xaver, Oberforstrat und Professor, Rektor der „Friedericianum“; Straus, Meier A., Bankier (Bankhaus Straus & Cie.); Dr. Thoma, Hans, Kunstmaler und Professor, Direktor der Großh. Kunsthalle; Dr. Weill, Friedrich, Rechtsanwält und Stadtrat; Dr. Wendt, Gustav, Geh. Rat, Direktor des Großh. Gymnasiums; Willard, Adolf, Großh. Baurat a. D. und Stadtrat.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kah in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Zm Verlag der
J. G. Cottaschen Buchhandlung Nachf. in Stuttgart u. Berlin
erschieden:

Rudolf Herzog.

- Die Condottieri.** Schauspiel in 4 Akten. Geheftet Mk. 2.—
In Leinenband Mk. 3.—
- Der Graf von Gleichen.** Ein Gegenwartroman. 4. Auflage.
Geht. Nr. 3.50. In Leinenband Mk. 4.50.
- Die vom Niederrhein.** Roman. 7. Auflage. Geheftet Mk. 4.—
In Leinenband Mk. 5.—
- Das Lebenslied.** Roman. 5. und 6. Auflage.
Geheftet Mk. 4.— In Leinenband Mk. 5.—
- Die Wislottens.** Roman. 11. und 12. Auflage.
Geheftet Mk. 4.— In Leinenband Mk. 5.—
- Gedichte.** Geheftet Mk. 2.50. In Leinenband Mk. 3.50.

In beziehen durch die meisten Buchhandlungen.

Badische Lokal-Eisenbahnen Aktien-Gesellschaft.



Den Lokaltarif der Wiesloch-Neckesheim-
Waldangellocher Eisenbahn betreffend.

Am 15. d. M. tritt der Nachtrag I zu diesem Tarif in Kraft. Derselbe
enthält Änderungen und Ergänzungen der besonderen Zusatzbestimmungen,
besonderen Tarifvorschriften und der Ausnahmetarife. Nähere Auskunft er-
teilen die Stationen.

Karlsruhe, den 6. Januar 1906.

£.339

Die Direktion.



Gewerbeverein Karlsruhe e. V.

Einladung

zur Monatsversammlung auf **Mittwoch, 10. d. Mts.**,
abends 7/9 Uhr, im Saal III Schrempf.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn **Walters**
S. Kampffmeyer über „Die Gartenstadtbe-
wegung“ (mit Lichtbildern).
Wir bitten unsere verehrl. Vereinsmitglieder um zahl-
reiches Erscheinen.

Der Vorstand.

!! Telegramm !!

Der **I. Haupttreffer** der Badischen Lotterie
No. 115573, Wert Mk. 10000

fiel in meine Kollekte und wurde sofort ausbezahlt; empfehle
Strassburger Sängerkreis und Kolonial-Lose à Mk. 3.30.
Liste und Porto 30 Pfg. extra.

Hauptgewinne: Mk. 80000, 75000, 50000, 30000, 25000 etc.

E. Wegmann, Waldstrasse 30.

Passende Weihnachtsgabe!

F. WOLFF & SOHN'S

KARLSRUHER WASSER

in neuer Ausstattung



Dasselbe besteht aus den feinsten belebenden
und stärkenden Teilen der Pflanzenwelt und
ist in einem so glücklichen Verhältnis ver-
bunden, dass es als angenehmstes Toilette-
und Riechwasser allen ähnlichen Produkten
... mit Recht vorgezogen wird ...

Preis der ganzen Flasche . . . M. 1.—
Preis der halben Flasche . . . M. —60
Kistchen mit 3 ganzen Flaschen M. 2.85
Kistchen mit 6 ganzen Flaschen M. 5.50

Zu haben in allen besseren Parfümerie-
... Drogen- und Friseurgeschäften ...

Bürgerliche Rechtsstreite.

Aufgebot.
£.330.2.1. Nr. 151. Mannheim.
Der Rechtsanwalt Dr. Karl Ger hier
hat als Verwalter des Nachlasses des
am 1. November 1905 in Mannheim
verstorbenen Kaufmanns **Wilhelm**
Nichter hier das Aufgebotsverfahren
zum Zwecke der Ausschließung von
Nachlassgläubigern beantragt.
Die Nachlassgläubiger werden daher
aufgefordert, ihre Forderungen gegen

den Nachlass des Genannten spätestens
in dem auf
Freitag den 9. März 1906,
vormittags 11 Uhr,
vor dem Groß. Amtsgericht hier selbst,
Abt. XIII, Sitzungssaal C, II. Stod.
Zimmer 113, anberaumten Aufgebots-
termine bei diesem Gericht anzumelden.

Die Anmeldung hat die Aufgabe des
Gegenstandes und des Grundes der
Forderung zu enthalten; unrichtliche

Beweisstücke sind in Urchrift oder in
Abschrift beizufügen.

Die Nachlassgläubiger, welche sich
nicht melden, können, unbeschadet des
Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus
Pflichttheilsrechten, Vermächtnissen und
Aufsagen berücksichtigt zu werden, von
den Erben nur insoweit Befriedigung
verlangen, als sich nach Befriedigung
der nicht ausgeschlossenen Gläubiger
noch ein Ueberbush ergibt.

Mannheim, den 4. Januar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Wahr.

Konkursverfahren.

£.333. Freiburg. In dem Kon-
kurs über den Nachlass des Brannt-
weinfabrikanten **Julius Teus** in Frei-
burg soll die Schlussverteilung erfol-
gen, wozu M. 3143.91 verfügbar sind.
Nach dem in der Gerichtsschreiberei III
Freiburg aufgelegten Schlussverzeich-
nis sind dabei M. 152.47 bevorrechtigte
und M. 43 993.43 nichtbevorrechtigte
Forderungen zu berücksichtigen.
Freiburg i. B., den 6. Januar 1906.
Der Konkursverwalter:
C. Montigel.

Konkursöffnung.

£.331. Nr. 206. Heidelberg. Ueber
das Vermögen des I. Zimmermeisters
Philipp Schwesler in Eppelheim,
II. des Zimmermeisters **Philipp Sie-
ber** in Eppelheim, wurde heute am
5. Januar 1906, nachmittags 5 1/2 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet.

Herr **J. C. Winter** in Heidelberg
wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 27.
Januar 1906 bei dem Gerichte anzumelden,
und zwar bezüglich der beiden
Schuldner getrennt.

Es ist zur Beschlussfassung über die
Beibehaltung des ernannten oder die
Wahl eines anderen Verwalters, sowie
über die Bestellung eines Gläubiger-
ausschusses und eintretendenfalls über
die im § 132 der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände, ferner zur
Prüfung der angemeldeten Forderun-
gen auf

Samstag den 3. Februar 1906,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Groß. Amtsgericht Heidel-
berg — Zimmer Nr. 23 — Termin
anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an
den Gemeinsschuldner zu verabfol-
gen oder zu leisten, auch die Verpflich-
tung auferlegt, von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen, für welche
sie aus der Sache abgeforderte Befrie-
digung in Anspruch nehmen, dem Kon-
kursverwalter bis zum 27. Januar
1906 Anzeige zu machen.

Heidelberg, den 5. Januar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Herrel.

Konkursverfahren.

£.332. Nr. 341. Heidelberg. Ueber
das Vermögen des Kaufmanns **Robert**
Hübich, Inhabers der Firma Ludwig
Hübich in Heidelberg, wird heute
am 6. Januar 1906, vormittags 7/10
Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Kaufmann **J. C. Winter** dahier wird
zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum
12. Februar 1906 bei dem Gerichte
anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor
dem diesseitigen Gerichte, Zimmer
Nr. 21, zur Beschlussfassung über die
Beibehaltung der ernannten oder die
Wahl eines anderen Verwalters, sowie
über die Bestellung eines Gläubiger-
ausschusses und eintretendenfalls über
die im § 132 der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände auf

Dienstag den 30. Januar 1906,
vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf

Dienstag den 20. Februar 1906,
vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, wird aufgegeben, nichts
an den Gemeinsschuldner zu verabfol-
gen oder zu leisten, auch die Verpflich-
tung auferlegt, von dem Besitze der
Sache und von den Forderungen, für
welche sie aus der Sache abgeforderte
Befriedigung in Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum 12. Februar
1906 Anzeige zu machen.

Groß. Amtsgericht zu Heidelberg,
gez. **Engelberth.**

Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Jabian,
Groß. Amtsgerichtsschreiber.

Zwangsvorsteigerung.

£.323. Nr. 4120. Staufen.

Zum Zwecke der Aufhebung der be-
stehenden Miteigentums- und Erben-
gemeinschaften sollen auf Antrag der
Erbin des **Paul Schlegel**, der minder-
jährigen **Selene Schlegel**, unter et-
licher Gewalt ihrer Mutter **Paul Schlegel**
Witwe Luise geb. **Birk** in Niederweiler,
diese vertreten durch Rechtsanwalt **Ru-
pert Mayer** in Brach, im Wege der
Zwangsvorsteigerung die auf Gemarkung
Staufen, Weiler Böden, belegenen, im
Grundbuch von Staufen zurzeit der Ein-
tragung des Versteigerungsvermerks:

a) in Band 8 Hest 12 auf den Namen:

1. des **Hermann Birkofer**, Landwirts
in Bögen-Staufen, Miteigentum
1/2
2. des **Engelbert Fromberg**, Arztes in
Freiburg, Miteigentum 1/2
3. des **Paul Fromberg**, Kaufmanns in
Freiburg, Miteigentum 1/2
4. des **Peter Fromberg**, Rechtsprakti-
kanten in Freiburg, Miteigentum
1/2
5. des **Engelbert Schlegel**, Zieglers
in Staufen, Miteigentum 1/2
6. des **Paul Schlegel**, Bierbrauer-
direktors in Niederweiler, Miteigen-
tum 1/2
7. der **Rztl. Schmid**, Gendarmertei-
Major's Ehefrau **Maria Josepha**
geb. **Hausler** in Konstanz, Miteigen-
tum 1/2

b) Band 8 Hest 16 auf den Namen:

1. des **Engelbert Schlegel**, Zieglers
in Staufen, Miteigentum 1/2
2. des **Paul Schlegel**, Bierbrauers in
Niederweiler, Miteigentum 1/2
3. des **Konstantin Schlegel**, Landwirts
in Staufen, Miteigentum 1/2
4. der **Jda Pauline** geb. **Schlegel**, Ehe-
frau des **Dr. Wilhelm Greber**, prakt.
Arztes in Staufen, Miteigentum 1/2

c) Band 8 Hest 17 auf den Namen:

1. des **Paul Schlegel**, Bierbrauers in
Niederweiler, Miteigentum 1/2
2. des **Konstantin Schlegel**, Landwirts
in Staufen, Miteigentum 1/2
3. der **Jda Pauline** geb. **Schlegel**, Ehe-
frau des **Dr. Wilhelm Greber**, prakt.
Arztes in Staufen, Miteigentum 1/2

eingetragenen, nachstehend beschriebenen
Grundstücke am

Freitag den 2. März 1906,
vormittags 8 1/2 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat auf
dem Rathaus in Staufen versteigert
werden.

Grundbuch Staufen.
a) Band 7 Hest 12 Hest-Verz. I
1. Lgb. Nr. 758.
Grasrain — ar 50 qm
Brunnenplatz — 1 ar 40 qm
1 ar 90 qm
Anschlag 100 M.
2. Lgb. Nr. 1039.

Zm Böden

Hofreite 9 ar 20 qm
Hausgarten 1 ar 39 qm
10 ar 59 qm

Auf der Hofreite steht ein zweistöckiges
Wohnhaus mit gewölbtem Keller. An
dasselbe ist eine anderthalbhändige
Scheuer mit Stallung, einem gewölbten
Keller im Stod und ein einstöckiger
Schopf mit Schweinehällen angebaut.

Anschlag 5000 M.
b) Band 8 Hest 16 Hest-Verz. I
3. Lgb. Nr. 1007
Ackerland 1 ha 46 ar 50 qm
Grasrain — ha 10 ar 38 qm
1 ha 56 ar 88 qm
Anschlag 2800 M.
4. Lgb. Nr. 1041.

Zm Böden

Hofreite mit
Kapelle 19 ar 70 qm
Hausgarten a 2 ar 60 qm
Hausgarten b 1 ar 50 qm
Ackerland 11 ar 40 qm
Wiese 2 ha 13 ar 49 qm
Weinberg 69 ar 80 qm
Steinbrunn 2 ar 80 qm
Liedung 2 ar 20 qm
Weg 9 ar 50 qm
Graben 2 ar 10 qm
Gebüsch 12 ar — qm
3 ha 47 ar 09 qm

Auf der Hofreite steht:

a. ein zweistöckiges Wohnhaus mit
Keller und gewölbtem Keller,
b. eine anderthalbhändige Scheuer
mit Stallung, Wolschfische, Me-
mis und Schweinehällen,
c. ein zweistöckiges Brennenge-
bäude mit angebautem einstöckigem
Trodenschopf,
d. eine einständige Kapelle

Anschlag 33000 M.
Anschlag mit Zubehör 36700 M.
5. Lgb. Nr. 1043.
47 ar 58 qm Weinberg
Anschlag 2400 M.

c) Band 8 Hest 17, Hest-Verz. I
6. Lgb. Nr. 1011.
Ackerland 75 ar 60 qm
Wiese 73 ar 27 qm
1 ha 48 ar 87 qm

Gewann Langäcker, Anschlag 3060 M.
7. Lgb. Nr. 1016.
1 ha 20 ar 63 qm Ackerland
Gewann Langäcker, Anschlag 2100 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am
11. bzw. 16. September 1905 in das
Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des
Grundbuchamts, sowie der übrigen die
Grundstücke betreffenden Nachrichten,
insbesondere der Schätzungsurkunde,
ist jebermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte,
soweit sie zur Zeit der Eintragung des
Versteigerungsvermerks aus dem
Grundbuch nicht ersichtlich waren, spä-
testens im Versteigerungstermine vor
der Aufforderung zur Abgabe von Ge-
boten anzumelden und wenn die An-
tragstellerin oder ein Gemeinschafts-
genosse widersprechen, glaubhaft zu
machen, widrigenfalls sie bei der Fest-
stellung des geringsten Gebotes nicht
berücksichtigt und bei der Verteilung
des Versteigerungserlöses dem An-

trage der Antragstellerin und den
übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Zur Erörterung über das geringste
Gebot werden die Beteiligten auf
Mittwoch den 14. Februar 1906,
nachmittags 2 1/2 Uhr,
in die Diensträume des Notariats geladen.

Diejenigen, welche ein der Ver-
steigerung entgegenstehendes Recht ha-
ben, werden aufgefordert, vor der Er-
teilung des Aufschlags die Aufhebung
oder einstweilige Einstellung des Ver-
fahrens herbeizuführen, widrigenfalls
für das Recht der Versteigerungserlöse
an die Stelle des verweigerten Ge-
genstandes tritt.

Staufen, den 27. Dezember 1905.
Groß. Notariat
als Vollstreckungsgericht.
Guber.

Beim unterzeichneten Notariat ist
auf 17. Januar 1906 die Schreibe-
hilfenstelle mit jährlich 900 M. zu be-
setzen. £.337.
Beeignete Bewerber wollen sich
unter Anchluss von Zeugnissen melden.
St. Wälden, den 4. Januar 1906.
Groß. Notariat.
Seeger.

**Neu- u. Brennholz-
Versteigerung.**

Groß. Forstamt Wiesloch verstei-
gert auf Vorgriff bis 1. Oktober d. J.
aus dem Domänenwalde III, Schlee-
berg, Abt. 1, 2, 3, 4, 5, 7 und 8, am
Mittwoch den 10. Januar d. J.,
vormittags halb 10 Uhr,
in der Mannschaf Wirtschaft in
Wiesloch: Stämme, Eichen, Stück:
1 Ib, 7 Ib, 5 III a, 16 III b,
27 IV, 8 V und 1 Hainbuche II, mit
auf 80 fm.; 32 Stück Mägenwag-
nerstangen; Scheitholz, Stroh: 60 bu-
den I. und II., 2 eichen I. (Küfer-
holz), dto. 118 II.; Prügelholz, Stroh:
35 buden I. und II., 75 eichen und
gemischt I. und II., 6200 Stück bu-
dene und gemischte Hefen und 3
Loke Schlagraum. £.290.2.
Vorgeiger: Forstwart **Reiß II.**,
Wiesloch.

£.335. Karlsruhe.

**Groß. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**

Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1906
werden ermäßigt, auf der Grundlage
des Tarifvertrages berechnete Frach-
sätze für Kohlenlieferungen von dem
niederösterreichischen (Waldenburger
und Neudorf), sowie von dem oberöster-
reichischen Kohlenrevier nach badischen
Stationen eingeführt. Nähere Anstufung
erteilen die in den ost-mittel-europäi-
schen Verbandsbüros aufgenom-
menen badischen Verbandsstationen.

Karlsruhe, den 6. Januar 1906.
Groß. Generaldirektion.

£.336. Karlsruhe.

**Groß. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**

Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1906
wurde die Station **Rheinau Hafen** in
die Tarifabteilung A 2 des Aus-
nahmetarifs für die Beförderung von
Eisenerz uhm. zum zollinländischen
Hochofen- und Bleihüttenbetrieb vom
1. Juni 1901 im Verkehr mit den Sta-
tionen **Call** und **Lindendach** aufge-
nommen.

Nähere Auskunft erteilt die Station
Rheinau und unser Verkehrs-Bureau.
Karlsruhe, den 5. Januar 1906.
Groß. Generaldirektion.

£.336. Karlsruhe.

**Groß. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**

Nachgenannte Bauarbeiten zur Ver-
größerung des Stellwerksgebäudes III
im Bahnhof **Reil** und zum Umbau des
Werkstättegebäudes, sowie zur Her-
stellung des Gebäudes für eine Schlo-
fer- und Schmelzwerkstätte in **Safen**
zu **Reil** sollen im öffentlichen Verbin-
dungswesen vergeben werden.

1. Erd-, Grab- und Maurer-
arbeiten, £.338.2.1.
2. Steinmauerarbeiten (rote Sands-
steine),
3. Gipferarbeiten,
4. Zimmerarbeiten,
5. Glaserarbeiten,
6. Schreinerarbeiten,
7. Schlosserarbeiten,
8. Wiedmerarbeiten (Holzger-
ment),
9. Dachdeckerarbeiten (Holzger-
ment),
10. Maler- und Linderarbeiten.

Die Angebote sind polizeifrei und mit
entsprechender Aufschrift (Bezeichnung
der Arbeitsgattung auf dem Briefum-
schlag) versehen, bis zu dem am **Sams-
tag den 20. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr,**
auf meinem Dienstzimmer hietzifin-
denen Eröffnungsverhandlung einzu-
reichen. Zuschlagsfrist drei Wochen.
Reil, den 6. Januar 1906.
Der Groß. Bahnbaudirektor.